Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

# Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr., monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№. 456. Abendblatt. Montag, den 30 September. 1867.

## Deutschland.

**Berlin**, 29. September. Auf die Anfrage, wie es mit dem Etat vom 1. Juli 1867 bis 1. Januar 1868 gehalten worden, antwortete das Bundeskanzler-Amt schriftlich, daß für gedachten Zeitraum ein außerordentlicher Kredit nachgesucht werden soll.

— Die „Zeidl. Corr." warnt die würtembergische Kammer vor dem Verwerfen des Schutz- und Trutzbündnisses mit Preußen. Preußen würde solche Winkelzüge durchaus nicht scherzhaft behandeln. Würtemberg würde durch einen derartigen Beschluß vollständig in's Freie gestellt werden, auch würde von einer Theilnahme desselben am Zollverein nicht weiter die Rede sein.

— Die namentliche Abstimmung am Freitage, wodurch schließlich die erste Resolution des v. Forckenbeck'schen Antrages mit 99 gegen 99 Stimmen abgelehnt wurde, ist durch die Zahlen-Trilogie pikant; denn — es fehlten auch gerade 99 Abgeordnete.

— Seit dem vorjährigen Kriege ist so vielfach von der überwiegenden Intelligenz der preußischen Truppen die Rede gewesen, daß es vielleicht von Interesse sein möchte, das Verhältniß der gebildeten Mannschaften in einem preußischen Bataillon zu den minder mit Schulkenntnissen ausgerüsteten Leuten einmal in Ziffern ausgedrückt zu sehen, es stellt sich dasselbe nach einer in der „B. Z." gegebenen Berechnung folgendermaßen: Jede preußische Kompagnie resp. Eskadron besitzt das Recht, pro Jahr bis vier einjährige Freiwillige über den Etat aufzunehmen, was pro Bataillon und Jahr also 16 gleichkömmt und auf sieben Jahrgänge 112 betragen wird. Im Durchschnitt aber auch nur jährlich zwei solcher Freiwilligen pro Kompagnie angenommen, ergiebt dies noch immer 56 hochgebildete junge Männer per Bataillon. Dazu treten dann die 10 Mann per Kompagnie, welche alle Jahre nach nur zweijähriger Dienstzeit in Königs-Urlaub entlassen werden, also per Bataillon 40 und für sieben Jahrgänge 280, welche zum weit überwiegenden Theile den vollen Cursus einer Bürgerschule, oder die Ausbildung bis Quinta, Quarta resp. Tertia einer höheren Schulanstalt genossen haben, so daß sich demnach insgesammt in einem preußischen Bataillon auf Kriegsstärke p. p. 300 bis nahezu 400 junge Leute befinden, welche eine höhere oder mittlere Bildungsstufe besitzen, während der Rest bis auf einen ganz kleinen Bruchtheil mindestens doch mit den ersten Anfangsgründen des Wissens vertraut gemacht worden ist. Ein Verhältniß sicher, wie es sich bei keiner der anderen europäischen Armeen wiederfindet.

— Die von Zeit zu Zeit wiederkehrenden Alarmnachrichten, welche Angesichts der gegenwärtigen Friedensstimmung glücklicher Weise keinen sehr tiefen Eindruck machen, haften gern an der orientalischen Frage, die stets für weitgreifende Kombinationen geeignet ist und sich ihrer Natur nach einer genauen Kontrole entzieht. Es läßt sich nicht läugnen, daß der Orient für eine Regierung, die es auf eine Friedensstörung abgesehen hätte, die meisten Handhaben darbietet. Nachdem die Salzburger Zusammenkunft so sehr ihren anfänglich beunruhigenden Charakter verloren hat, daß ihrer in der Adreß-Debatte unseres Reichstages nicht einmal Erwähnung geschah, gefallen sich pessimistische Korrespondenzen, namentlich aus Paris, in der Versicherung, daß man in Salzburg nicht sowohl wegen Süddeutschlands, als mit Bezug auf den Orient, wo Oesterreich niemals neutral bleiben könne, Verabredungen getroffen habe. Im Grunde sei es aber auf Preußen abgesehen. Man wird abwarten können, daß sich dies irgendwie in der Thatsache kundgebe. Ziemlich verworren lauten neuerdings die Nachrichten aus den Donau-Fürstenthümern. Privat-Nachrichten wollten wissen, daß die Unzufriedenheit dort zunehme, die Union den Moldau-Walachen schon wieder leid geworden sei und die Stellung des Fürsten sich nicht befestige. Man darf aber bei allen derartigen Berichten nicht übersehen, daß Fürst Karl, als er die Regierung antrat, entschlossen war, die Fehler des unglücklichen Maximilian, der zwischen den Parteien umherschwankte und seinen Sturz dadurch vorbereitete, zu vermeiden. Von den Liberalen ins Land gerufen, wollte er, der Fürst zu Hohenzollern, zu ihnen halten, auf die Gefahr hin, daß die Unzufriedenheit der Bojaren darüber chronisch werde. Diese sind es auch, aus deren Reihen die ungünstigen Nachrichten über die Zustände in den Donau-Fürstenthümern gewöhnlich verbreitet werden. Ob die Bildung des gegenwärtigen Ministeriums nicht ein Fehler war, mag allerdings dahingestellt bleiben. Aber die Behauptung, daß die Stellung des Fürsten zu Hohenzollern schon wie die seines Vorgängers ernstlich bedroht sei, leidet ersichtlich an Uebertreibung und entspringt dem Irrthume, daß man über das System des Fürsten Karl meist im Unklaren ist. Seine Regierung kann inmitten der Wechselfälle, welche dem Orient vielleicht bevorstehen, erschüttert werden, aber sie wird es gewiß nicht dadurch, daß der Fürst seines Ursprungs eingedenk bleibt und seine Stütze nach wie vor in der liberalen Partei sucht.

— Wie der „Staatsbürger-Zeitung" mitgetheilt wird, hat sich am Freitag Vormittag beim Einschießen neuer Gußstahl-Vierpfünder auf dem Artillerie-Schießplatz bei Tegel ein schreckliches Unglück zugetragen, dem mehrere Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Es waren bereits mehrere Schüsse aus diesen Geschützen gefeuert worden, als eins derselben sprang, und durch die Sprengstücke der daneben stehende Major von Gregory und ein Kanonier auf der Stelle getödtet und zwei andere Kanoniere schwer verwundet wurden.

— Nach einem neuen Bekleidungsreglement für die Marine wird den Mannschaften derselben von jetzt ab die Selbstbeschaffung ihrer Uniformstücke aufgegeben, wofür ihnen eine nach dem Grade bemessene jährliche Geldvergütigung zu gewähren ist. Für die Entnahme der benöthigten Bekleidungsstücke sind die Mannschaften auf das zu dem Zwecke in Kiel besonders errichtete Marine-Montirungsdepot angewiesen.

**Berlin**, 28. Septbr. (Norddeutscher Reichstag.) 10. Sitzung. (Schluß.) Abg. Lasker: Der Herr Vorredner hat heute schon zugestanden, daß die Verfassung einige Theile in sich trage, die entwickelungsfähig sind; ich stehe demnach mit ihm auf demselben Boden, nur mit dem Unterschiede, daß er einige Theile und ich das Ganze fortentwickeln will, dazu ist gerade das Budget am geeignetsten. Das Volk ist begierig, Auskunft zu erhalten über die Frage der Verantwortlichkeit, überhaupt über die Frage der Organisation. Wenn sich eine Sache, wie der norddeutsche Bund, neu entwickelt, so muß man, wie der Herr Vorredner, nicht so neugierig sein, zu fragen, wie man sich dies oder jenes vorstellt, weil Niemand in Wahrheit darauf Antwort geben kann (Bravo auf der Rechten). Die Frage der Verantwortlichkeit ist mir prinzipiell nicht schwierig. Der Bundes-Präsident hat nach der Verfassung dreierlei Funktionen: Erstens die des Bundespräsidiums, zweitens die der Marine-Verwaltung, drittens die des Bundesfeldherrn. Mag er nun diese Geschäfte ausführen lassen, durch welche Person er immer wolle, so wird immer diese Person für die Ausführung des Auftrages verantwortlich sein. So ist es in der Theorie; in der Praxis aber ist die Sache schwieriger. Wenn man aber mit der Vertheilung der einzelnen Funktionen des Bundeskanzleramtes nicht recht zufrieden ist, so meine ich doch, daß die vorgelegten Posten keine Veranlassung geben, sie deshalb gänzlich, oder für heute zurückweisen, nur weil kein klares Bild vorhanden sei, was mit diesem Bundeskanzleramt und mit den einzelnen Posten beabsichtigt sei. Man kann das Bundeskanzleramt gänzlich abweisen, ob mit Recht, das hat jeder einzelne Abgeordnete zu untersuchen, aber mir scheint es nicht an der Zeit, nachdem das Bundeskanzleramt einmal eingerichtet ist und da es in der Natur der Dinge liege, daß Schreiber, Papier u. s. w. sein müssen und da man in der sündhaften Welt für alle diese Dinge Geld ausgeben muß, bei der Bewilligung dieser Posten Bedenken zu hegen. Wie aber dieses Prinzip sich in Zukunft gestalten wird, das ergiebt die Praxis. Ich muß auch die Vorwürfe zurückweisen, daß die Bundesgesandten hier nicht figuriren. Ich fürchte keineswegs, daß der Bund nicht hinlänglich vertreten sein wird, da dies durch die preußischen Gesandten schon geschieht. Es tritt zu dem noch der Moment, daß der Bund noch nicht von allen Staaten anerkannt ist. Ist auch hierauf noch kein großes Gewicht zu legen, so können doch ohne diese Anerkennung keine Gesandten accreditirt werden. Also der Bund ist vertreten und ist das Fehlen bestimmter Ansätze eine rein finanzielle Frage. Der Reichstag mag zufrieden sein, daß er nicht mehr belastet ist. Dem Staatsleben ist keine Schädigung zugefügt. Wenn ich also nicht sehe, daß irgend dem einzelnen Beamten zu viel gezahlt wird, bewillige ich die verlangten mäßigen Ansätze.

Bundeskanzler Graf v. Bismarck: Ich kann mich dem Vorredner nur anschließen und konstatire das mit Genugthuung. Ich kann auf die Ausführungen des vorletzten Redners nicht zurückgehen und die Frage erläutern, ob die bezüglichen Einrichtungen im Bunde die besten sind. Wir haben uns hier nach den Bestimmungen der Verfassung zu richten. Zu den Anträgen Waldeck und Duncker kann ich nur die Frage entgegenstellen: Ist das Bundeskanzler-Amt nöthig oder nicht? Hierbei muß ich sagen, daß ohne dieses Amt, den unentbehrlichsten Theil der Bundesmaschine dieselbe nicht weiter arbeiten könnte. Wenn der erste Redner nähere Auskunft verlangt über die einzelnen Positionen, so berufe ich mich darauf, daß dies mir heute nicht möglich sein kann, da sie eben erst durch die Praxis bestimmt werden. Wir würden den Anforderungen von Arbeitskräften des Bundeskanzler-Amtes nicht genügen können, wenn nicht die Arbeiten der preußischen Minister und der der verbündeten Staaten zu Hülfe ständen. Ich glaube, daß ein Widerstreben gegen die Bewilligung unbekannter Positionen vielleicht aus einer nicht ganz unberechtigten Neugier herstammt, in welcher Weise die Beziehungen und Geschäfte zwischen dem Bundeskanzler-Amte und dem preußischen Ministerium geregelt sind. Einige Aufklärung glaube ich dadurch geben zu können, daß ich konstatire, daß hier das vollkommenste Einverständniß herrscht und die zu machenden Vorlagen auch einer jedesmaligen Vorberathung im preußischen Ministerium unterzogen werden. — Abg. v. Kirchmann: Wenn wir eine bestimmte Behörde anerkennen und die Ausgaben für dieselbe bewilligen sollen, so müssen auch die Funktionen und Geschäfte dieser Behörde vorher geregelt und von ihr übernommen sein. Dies ist aber hier noch nicht der Fall, weder das Post- und Telegraphenwesen, noch auch das Konsularwesen sind bis jetzt dieser Behörde übergeben. Höchstens haben wir daher ein Recht, dem Bundeskanzleramt einen allgemeinen Dispositionsfonds anzuweisen. Ich erlaube mir einige Fragen an den Bundeskanzler zu richten, um deren Beantwortung ich bitte. Ist die Kriegs- und Marine-Verwaltung ein von der Verwaltung des Bundes ressortirender Theil und somit der Chef dieser Verwaltung, z. B. der preußische Kriegsminister, als Bundesminister oder als speziell preußischer Minister zu betrachten, oder ist er, wenn er als Bundesminister anzusehen, aus der preußischen Verwaltung ausgeschieden und wie steht es schließlich mit seiner Verantwortung? Diese Fragen dürften sich wesentlich darauf begründen, daß es unbedingt nothwendig ist, den Bundes-Etat von den der einzelnen Staaten des Bundes zu trennen. Jedenfalls möchte ich bitten, erst die weiteren Berathungen des Etats, namentlich des Etats des Kriegs- und Marine-Ministeriums abzuwarten und die Beschlußfassung über dieses Kapitel des Etats so lange auszusetzen, bis wir sehen, daß der Etat der Verfassung gemäß aufgestellt ist.

Abg. Planck: Die Erklärungen des Bundeskanzlers in der gestrigen Sitzung sind vollkommen genügend. Nach dieser Auffassung, die auch mit der Verfassung in Einklang steht, trägt der Bundeskanzler die Verantwortlichkeit für die ganze Bundes-Verwaltung, und es kann uns danach auch nicht beikommen, in die Verwaltungs-Angelegenheiten einzugreifen.

Abg. Duncker: Zur Motivirung meines Antrages auf Aussetzung der Berathung dieses Kapitels bis nach Berathung der vorwiegendsten Kapitel verweise ich darauf, daß es unsere Pflicht ist. Erst müssen wir die Funktionen und dann die Beamtenstellen festsetzen. Die Erklärungen des Ministeriums genügen mir nicht; sie stehen mit sich selbst in Widerspruch. Denn der Kriegs-Minister ist uns nicht mehr verantwortlich für sein Ressort, sondern nur der Bundeskanzler. Diesem Hin- und Herschieben der Verantwortlichkeit muß ein Ende gemacht werden (Hoho!). Giebt der Bundeskanzler definitiv die Erklärung ab, daß das Kriegs- und Marinewesen unter seine Verantwortlichkeit gestellt wird, und daß er dafür verantwortlich ist, dann könnten wir allenfalls jetzt schon über das Kapitel 1 beschließen. Sie haben uns bei Berathung der Verfassung auf die Budgetberathung hingewiesen. Ich will aber abwarten, wie dabei verfahren wird; bitte Sie aber bei diesen geringen Rechten strenge das Ihnen zustehende Kontrolrecht zu handhaben.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Ich gebe hiermit ausdrücklich die Erklärung auf Veranlassung des Herrn Vorredners ab, daß ich die Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers auch für Kriegs- und Marine-Angelegenheiten so lange anerkenne, als diese Bundesverfassung besteht (Bravo). — Abg. Dr. Bernhardi fragt den Bundeskanzler, ob das Präsidium auch die Monumenta Germaniae schützen werde. Graf Bismarck erwidert, daß diese Frage im Bundesrathe angeregt und auch bereits dort Bereitwilligkeit gefunden habe. — Abg. Dr. Löwe (Bochum): Die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers ist mir noch nicht klar; ich weiß nicht, ob derselbe auch damit die Verantwortlichkeit des Bundesfeldherrn gemeint hat, ob diese auch durch den Bundeskanzler gedeckt wird. Wir sind nicht mit einer Voreingenommenheit an die Sache herangetreten, aber wir wollen wissen, was denn eigentlich die Funktion des Bundeskanzlers ist. Daß derselbe kein Strohmann ist, dafür bürgt uns die Person des jetzigen Bundeskanzlers. Aber da der Staat, den wir schaffen wollen, eben im Werden ist, darum wollen wir uns jetzt eben schon klar werden, welches die Funktionen dieses Bundeskanzlers sein sollen. Eben weil das Alles noch im Werden ist, können wir uns jetzt nicht so ohne Weiteres beruhigen. Es ist eine Frage von großer Wichtigkeit, ob die Gesandten von dem König von Preußen oder vom norddeutschen Bunde akkreditirt werden; und ferner müssen wir darauf hinwirken, eine Einschränkung des diplomatischen Korps, so viel als möglich, zu erreichen, und ich frage den Herrn Bundeskanzler, ob er nicht mehr unterstützt ist in seinen wirklich großen Unternehmungen von den Gesandten anderer Mächte, als von unseren eigenen Gesandten. Ich bitte aber hauptsächlich jetzt die Frage im Auge zu behalten, welche Funktionen der Bundeskanzler erhalten soll, und beantragte für diesen Fall, dieses Kapitel an eine besondere Kommission zu verweisen. — Abg. Twesten: Nach der ausdrücklichen Erklärung, die wir heut vernommen, hat das Bundeskanzleramt die Funktionen einer vorgreifenden und einer verwaltenden Behörde, ich begreife daher gar nicht die erhobenen Zweifel. Jeder preußische Verwaltungschef hat eine Anzahl von Räthen zur Seite, der Bundeskanzler hat deren nur 4 und die Abwicklung der Geschäfte ist, wie wir gehört, nur dadurch möglich, daß ihm Hülfe aus dem preußischen Ministerium wird; es ist dies aber, wie Jedermann einsehen muß, nicht anders möglich, als wenn dem Bundeskanzler die anderen Ressorts untergestellt werden. Der Bundeskanzer hat auf die Homogenität des preußischen Ministeriums hingewiesen; ich glaube, dies Moment ist ebenfalls in Betracht zu ziehen und ich bitte, dies bei der Berathung dieses Kapitels zu thun. — Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Lasker, v. Kirchmann und Duncker. Das Haus schreitet zur Abstimmung zuerst über den Antrag Duncker, die Berathung bis nach der Berathung des Ausgabe-Etats auszusetzen. Der Antrag wird abgelehnt, eben so der Antrag Löwe auf Verweisung an eine Kommission. Es folgt die Spezialberathung über den Etat des Bundeskanzler-Amtes. Zu Tit. 2 Präsident des Bundeslanzler-Amtes verweist Abg. v. Bockum-Dolffs auf die dem Präsidenten bewilligte freie Wohnung und die daraus erwachsenden Unkosten für Reparaturen 2c. und wünscht, daß dies in den folgenden Jahren berücksichtigt werde. Dann werden Tit. 1 und 2 mit sehr großer Majorität angenommen. Bei Tit. 3 und 4 verweist Abg. Fockel auf die Nothwendigkeit der Errichtung eines statistischen Amtes für den Bund. — Bundeskanzler Graf Bismarck erklärt, daß die Errichtung eines solchen Amtes für die Folge in Aussicht genommen und der voraussichtlich noch vor dem 1. Juli nächsten Jahres stattfindenden Session des Reichstages vorgelegt werden wird. — Abg. Frhr. v. Hagke befürwortet den von ihm gestellten Antrag, betreffend die archivarischen Schätze der norddeutschen Staaten. — Graf Bismarck erklärt diesen Antrag für eine sehr dankenswerthe Anregung, der der Bundesrath gewiß Folge geben wird, wenn eben der Reichstag durch Ueberweisung der Mittel ihn unterstützen will.

Abg. Frhr. v. Rabenau befürwortet eine Unterstützung des germanischen Museums. Dann werden die Positionen Tit. 4—7 und der Antrag des Frhrn. v. Hagke mit großer Majorität angenommen. Tit. 8—11 werden ohne Diskussion angenommen; zu Tit. 12 fragt Abg. Planck den Bundeskanzler, ob bereits ein Plan entworfen ist, nach welchem die Bundeskasse getrennt von der preußischen Kassenverwaltung geführt werden solle, oder ob man diese beiden Kassen mit einander verbinden wolle. — Bundeskommissar Geheimer Rath Günther: Für jetzt besteht noch keine Bundes-Centralkasse, deshalb ist nur erst ein Beamter auf den Etat gesetzt, sollte sich die Nothwendigkeit ergeben, wird eine Bundes-Centralkasse später begründet werden. — Die übrigen Positionen des Etats und des Etats des Bundesraths werden ohne Diskussion genehmigt. Es folgt der Etat für das Bureau des Reichstages. Bei Tit. 4: „Zur Unterhaltung und Ergänzung des gesammten Materials und der Utensilien im Sitzungssaale und in den Konferenzzimmern des Herrenhauses" bittet der Abg. v. Bockum-Dolffs die Worte „des Herrenhauses" zu streichen, da der Reichstag voraussichtlich nicht immer in diesem Hause sitzen werde. Abg. Dr. Löwe (Bochum) macht darauf aufmerksam, daß die Bewilligung nur für das Lokal, in dem der Reichstag Sitzung halte, geschehe und nimmt der erste Redner seinen Antrag zurück. Die übrigen Positionen des Kapitels 3 werden angenommen. Zu Kapitel 4: Bundes-Konsulate, nimmt der Präsident Delbrück das Wort: Es ist vielfach aufgefallen, daß dieser Etat so mager ausgefallen ist. Man kann sich bei dieser Frage nicht darauf beschränken, dem Vorbilde anderer Staaten zu folgen. Es gehört dazu die Erwägung konkreter Verhältnisse, die sich erst jetzt gebildet haben, und die kurze Zeit zwischen der Bildung des neuen Staatsverhältnisses und der Aufstellung des Etats genügte nicht, hier einen bestimmten Maßstab zu finden. Es mußte die größere oder geringere Wichtigkeit des Platzes, an welchem ein Konsulat gegründet werden sollte, erwogen werden, dies war in der kurzen Zeit nicht möglich, daher mußte eine größere Summe an Dispositionsfonds ausgeworfen werden. Ein Gesetz über die Konsulate wird dem Reichstage zur Beschlußnahme bei einer andern Gelegenheit vorgelegt werden, es wird darin das Nähere über die besoldeten und unbesoldeten Konsulate festgesetzt werden, dagegen wird dem Reichstag erst in der nächsten Session ein Verzeichniß der besoldeten und unbesoldeten Konsuln vorgelegt werden können. Konsulate mit diplomatischer Thätigkeit sind nur vorläufig in Chile und den La-Plata-Staaten errichtet worden. Die Gründung eines Dispositionsfonds war unbedingt geboten. Es wird sich noch im Laufe des Jahres herausstellen, wo Konsulate nothwendig werden und es wird sich dann ebenfalls herausstellen, wo diese Konsulate als besoldete, wo sie als unbesoldete, zu errichten sind. Den letzteren liegt es in der Absicht, besoldete Kanzler und ein Pauschquantum als Bureaukosten beizugeben, um auf diese Weise gleichzeitig eine Schule für Konsularbeamte zu schaffen. Wie weit das Alles sich als zweckmäßig herausstellen wird, müssen wir den Erfahrungen der Zeit überlassen, vorläufig ist zur Ausführung dieses Planes der Dispositionsfonds von 20,000 Thlrn. ausgeworfen worden.

Abg. Kanngießer hält es für nothwendig, die konsularische Vertretung des Bundes schon jetzt zu ordnen und nicht für unbedenklich, den Dispositionsfonds schon jetzt, ohne daß ein Plan der Organisation vorgelegt worden, zu bewilligen. Er beantragt: die unter Titel 2 verlangten 25,000 Rth. für amtliche Ausgaben der Konsulate als Pauschquantum für dieses Jahr zwar zu bewilligen, dabei aber die Erwartung auszusprechen, daß in dem Bundeshaushalts-Etat für 1869 die in diesem Titel zusammengefaßten Aufgaben in demselben Umfange, wie dies bisher im preußischen Staatshaushalts-Etat geschehen, nach Titeln und Positionen spezialisirt werden. — Abg. Dr. Schleiden verweist auf die Nothwendigkeit eines Bundes-Jurisdiktionsgesetzes und eines Bundes-Konsular-Finanzgesetzes, will aber keine definitiven Anträge stellen. — Abg. Meier (Bremen) hat manche Mängel des Budgets entdeckt, aber auch von vornherein begriffen, daß dies unter den jetzigen Verhältnissen nicht anders möglich ist. Mit Vergnügen hat er die Erklärung des Bundes-Kommissars vernommen, daß es in der Absicht der Regierung liegt, das gemischte System in Betreff des Konsularwesens einzuführen. Man werde dadurch sehr brauchbare Konsuln schaffen. Er wünscht, daß die Konsulate in China und Süd-Amerika Bundes-Konsulate werden und in dem nächsten Jahre auf das Budget gestellt werden. — Präsident Delbrück erwidert, daß bei Aufstellung des Organisationsplanes die Frage auch zur Entscheidung kommen werde, ob die beiden erwähnten Konsulate zu Bundeskonsuln gemacht werden sollen. — Abg. Meier zieht hierauf seinen Antrag zurück. — Abg. Müller (Stettin) spricht für die Einrichtung unbesoldeter Konsulate.

Abg. Dr. Michaelis spricht für Errichtung besoldeter Konsulate, damit auch Männer der Wissenschaft auf diese Posten gesendet werden können, die neben den Handelszwecken auch den Zwecken der Wissenschaft dienen. — Abg. Dr. Löwe erklärt sich für das System, welches der Präsident Delbrück skizzirt hat. Ein Antrag auf Schluß wird angenommen. Tit. 1 des Kap. 4 wird ohne Diskussion angenommen, Tit. 2 ebenfalls und in Verbindung mit ihm der Antrag Kanngießer. Die übrigen Positionen des

Kapitels werden ohne Diskussion angenommen. — Der Präsident beraumt, da die Tagesordnung erledigt, die nächste Sitzung auf Montag 10 Uhr an und setzt auf die Tagesordnung die Berathung der Gesetze über die Abgabe von Salz und über das Paßwesen und Fortsetzung der Plenarberathung über das Budget, Kapitel 6 Marine-Verwaltung und Abschnitt II. Einmalige und außerordentliche Ausgaben. Schluß der Sitzung 2 Uhr 50 Minuten.

**Frankfurt a. M.,** 26. September. Der gestrige Tag bezeichnet einen wichtigen Abschnitt unsers kommunalen Lebens. Gestern ist zum ersten Male die nach der neuen kommunalen Verfassung gewählte Stadtverordneten-Versammlung zusammengetreten. Von dem älteren Bürgermeister zusammenberufen, hat sie sich konstituirt und sofort an demselben Tage in einer zweiten geschäftlichen Sitzung ihren Vorstand und ihr Bureau gewählt. Zum Vorsitzenden ist der Kaufmann Brentano und zu seinem Stellvertreter der Dr. Passavant gewählt. Das erste und wichtigste Geschäft der neuen Bürgervertretung wird die Wahl der Bürgermeisterkandidaten und der Stadträthe sowie die Bestimmung der Zahl und der Gehaltsverhältnisse der Magistratsmitglieder sein, zu deren Vorbereitung dieselbe gleich in der ersten Sitzung eine Kommission von 9 Mitgliedern ernannte. In der Stadt, die so lange ohne eine geordnete und von dem vollen Vertrauen der gesammten Bürgerschaft getragene Vertretung war, wirkt die endliche Niedersetzung einer städtischen, aus freien Wahlen hervorgegangenen Behörde einigermaßen beruhigend, man sieht in ihr das Morgenroth einer besseren Zeit und sich selbst den schwierigen Anforderungen der Gegenwart nicht mehr so wehrlos gegenüber, als bisher, wo die „Inkompetenz" das A und O jeder Art von kommunaler Verwaltung war.

**München,** 29. September. Dem Vernehmen nach findet morgen Vormittag die erste Kammersitzung statt.

## Ausland.

**Paris,** 28. September. General Prim hat jetzt von Genf aus unter dem Datum des 27. September ein Schreiben erlassen, um sein Nichterscheinen auf dem Kampfplatze in Spanien zu erklären. Wie er behauptet, war es unmöglich, die Grenze zu überschreiten. Am 7. August verließ er Brüssel, um sich über Frankreich nach Afrika zu begeben. Dort schiffte er sich ein und begab sich in die Nähe einer großen Stadt (sie ist in dem Dokumente nicht genannt), wo die Militärs, welche die Theilnahme an dem Aufstande versprochen, sich einfinden und das Signal zum Aufstand gegeben werden sollte. Die Betreffenden hielten aber nicht Wort, und Prim, der 48 Stunden wartete, hatte eine zu geringe Anzahl Leute, um mit diesen es wagen zu können, sich nach den aufständischen Provinzen durchzuschlagen. Er begab sich nun nach der spanisch-französischen Grenze; dort fand er aber ebenfalls keine seiner Freunde; statt ihrer aber spanische Truppen. Was die Zukunft anbelangt, so wird Prim nach wie vor mit den liberalen Parteien kämpfen, und mit aller Energie denen entgegentreten, welche glauben, Spanien ohne Verfassung regieren zu können. Wenn die Regierung, welche sein Vaterland unterdrückt und eine Schmach für das civilisirte Europa sei, gefallen, erst dann werde er sich in's Privatleben zurückziehen. Wie man ferner erfährt, wird Prim heute oder morgen wieder nach Brüssel zurückkehren.

— Ein Artikel der „Schwäbischen Volks-Zeitung", der mit der Bemerkung beginnt, „das europäische Gleichgewicht sei mit dem Tage zerstört worden, wo die deutsche Macht mit dem deutschen Reiche in Trümmer ging", hat die Ehre, den Pariser Blättern Stoff zu Leitartikeln zu geben. Das „Journal des Debats" brachte diesen Schwabenstreich, im Uhland'schen Sinne des Wortes, zuerst als Zeichen der Stimmung; die „France" schlägt aber heute geradezu die Hände über dem Kopfe zusammen und zürnt über die Kühnheit, „daß man in dem Frankreich von 1867 die Sprache führt, die man 1813 führte, um die Völker aufzuwiegeln." Das Lächerlichste dabei ist aber die Behauptung, daß „der liberale Hauch, der von Frankreich ausging, den Wiener Frieden zerstört, Frankreich jenseit des Rheines die Aspirationen der Bevölkerungen gegen die Reaktion ermuthigt, Italien frei gemacht" und „daß ohne Italien Deutschland jetzt noch unter Oesterreichs Herrschaft stehe, weil ohne Italiens Befreiung Preußen das Einheitswerk nicht begonnen hätte, das man nun gegen Frankreich wenden will!" Der wahre Einheitsmacher Deutschlands ist also so zu sagen die französische Regierung.

— Die „Liberté" bestätigt, daß Garibaldi sich geweigert hat, sein Wort zu geben, die Insel Caprera nicht zu verlassen. Deshalb kreuzt jetzt ein Schiff um die Insel, um sie zu überwachen.

**Italien.** Die Haltung des sonst so zahmen Florenz war am 25. September noch so drohend, daß die ganze Garnison konsignirt war und man Artillerie und Kavallerie aus Pisa beordert hatte. Der Palast Riccardi, wo sich die Bureaux des Ministeriums des Innern befinden, war von Nationalgarden, Linientruppen und Bersaglieri, der Palast der Signoria von Bersaglieri und Nationalgarden besetzt.

— Die Linke der italienischen Kammer hat folgende Protestation an den Präsidenten gerichtet: „Sehr ehrenwerther Herr Präsident! Tief ergriffen von der Verhaftung ihres berühmten Kollegen, des Generals Garibaldi, erinnern die Unterzeichner daran, daß die Verfassung die persönliche Unverletzlichkeit der Repräsentanten der Nation auf feierliche Weise heiligt, und fest glaubend, daß der Artikel 45 des Grundgesetzes durch den vor ihnen denunzirten Akt verletzt wurde, wenden sie sich an Sie, damit Sie in Ihrer Eigenschaft eines Präsidenten der Kammer und eines legitimen Beschützers der parlamentarischen Vorrechte durch Ihre Initiative und mit Ihrer Autorität bei der verantwortlichen Regierung interveniren, um die schnelle Reparation einer Ungesetzlichkeit zu erlangen, die das nationale Bewußtsein nur tief betrüben kann."

— Nun, nachdem die Katastrophe für den Augenblick beschworen ist, wird von allen Seiten verkündigt, daß die französische Regierung die strengsten Maßregeln ergriffen hatte, um dem Papste zu Hülfe zu eilen. Admiral Blanchard sollte über die Flotte gebieten und von Marseille mit 10,000 Mann nach Rom gehen; die Minister waren alle für die Expedition und auch Benedetti hatte sich für dieselbe ausgesprochen. Auch ist es falsch, daß Frankreich Italien irgendwie Verheißungen gemacht habe für den Fall, daß Rattazzi Garibaldi an der Ausführung seines Vorhabens verhinderte. Frankreich hat Italien keinerlei Versprechung gemacht, auf die Gefahr hin, daß in Italien keine Regierung im Stande sein wird, die Ruhe auf die Dauer zu erhalten. Man macht allerdings darauf aufmerksam, daß nach Aspromonte der September-Vertrag zu Stande gekommen und daß nach Asinalunga eine der italienischen Einheit günstige Modifizirung dieses Vertrages zu den Möglichkeiten gehöre; aber bis zur Stunde hat Frankreich nichts versprochen, Italien auch nichts begehrt. Die italienischen Sympathieen für Frankreich werden durch die Gefangennehmung Garibaldi's keineswegs vermehrt werden. Die Stimmung ist schon jetzt eine sehr bedrohliche, und jedenfalls hat Napoleon III. durch das Ereigniß von Asinalunga nichts gewonuen.

**Florenz,** 25. September. Als ein persönlicher Freund Rattazzi's und Garibaldi's sich von letzterem beurlaubte, sagte ihm der General: „Sagen Sie dem Rattazzi, er solle seine Rolle spielen, ich die meinige; er soll trachten, mich auf der Schwelle Roms aufzufangen, ich werde mein Möglichstes thun, daß ich nicht gefangen werde." Rattazzi hat also bessere Maßregeln getroffen. Uebrigens hat Garibaldi in demselben Eisenbahnwagen, der ihn von der römischen Grenze zurückbrachte, ein neues Manifest zur Befreiung Roms aufgesetzt. — Der preußische Gesandte, Hr. v. Usedom, ist von seiner Urlaubsreise bereits hierher zurückgekehrt und soll sehr fleißig den Minister-Präsidenten besuchen.

**Florenz,** 28. September. Die „Gazetta uffiziale" schreibt: Garibaldi ist auf sein Ersuchen nach Caprera geführt worden.

**Madrid,** 27. September. Durch ein Dekret werden die auf fremdes Gebiet geflüchteten Insurgenten aus dem letzten Aufstande amnestirt unter der Bedingung, daß sie sich binnen 30 Tagen vor den spanischen Behörden oder den spanischen Repräsentanten im Auslande stellen.

— In Madrid wurden noch immer wieder neue Verhaftungen vorgenommen. Viele Personen wurden verurtheilt und deportirt.

## Pommern.

**Stettin,** 30. September. Zur Feier des Geburtstges Ihrer Majestät der Königin Augusta haben heute außer den öffentlichen auch verschiedene Privatgebäude festlich geflaggt.

— Gestern fand hier eine seltene Feier, nämlich die des 50jährigen Buchdrucker-Jubiläums des Herrn Wilhelm v. d. Beck, statt. Die Feier wurde am Morgen in der Wohnung des Jubilars mit mehreren von einem 4fachen Quartett ausgeführten Vorträgen eingeleitet, bei welcher Gelegenheit eine Deputation von fünf Mitgliedern dem Gefeierten im Namen seiner Kollegen eine goldene Ankeruhr nebst Kette als Andenken überreichte. Der Jubilar dankte in bewegten Worten für dies Zeichen kameradschaftlicher Liebe und Anhänglichkeit. Abends vereinigte ein gemeinschaftliches Mahl die Festgenossen im hiesigen Schützenhause. Der Jubilar nebst seiner Gattin wurde von zwei dazu deputirten Mitgliedern aus seiner Wohnung abgeholt und beim Eintritt in das äußerst geschmackvoll dekorirte Festlokal zunächst, unter Ueberreichung eines hübschen Bouquets, von einer jungen Dame mit wenigen Worten, dann aber im Namen seiner Kollegen von dem Faktor Herrn Döffner in einer längeren Ansprache begrüßt. In derselben warf Redner einen Rückblick auf die bisherige Thätigkeit und Wirksamkeit des Gefeierten und schloß mit einem herzlichen Glückwunsch für das fernere Wohlergehen des Jubilars, des ältesten Veterans unter den hiesigen Buchdruckern. Bei dem Festmahle wechselten zahlreiche Toaste ernsten sowie launigen Inhalts und blieben die Theilnehmer in gemüthlicher Stimmung auch noch nach dem Schlusse desselben längere Zeit beisammen.

**Stettin,** 30. September. In der vorgestrigen General-Versammlung der Mitglieder der „Abendhalle" wurde, wie die „Osts.-Ztg." meldet, der Beschluß gefaßt, daß Beamte und Offiziere fortan als außerordentliche Mitglieder der Gesellschaft beitreten können, welche nur den gewöhnlichen Jahresbeitrag, ohne Eintrittsgeld, zu zahlen haben. — Als Mitglieder der Direktion wurden wiedergewählt die Herren Schillow, Wuttig, C. Kantzow und H. Collani; an Stelle des Herrn v. Stade, welcher die Wiederwahl abgelehnt hatte, wurde Dr. Boysen neugewählt.

— Gestern Nachmittag gerieth in der Dunggrube des Hauses gr. Wollweberstraße No. 31 eine bedeutende Quantität altes Stroh in Brand. Die Feuerwehr, welche schnell zur Stelle war, löschte denselben mittelst der Handspritze.

— Vorgestern Nachmittag stürzte in der Nähe der grünen Schanze eine überhängende Erdmasse auf einen unterhalb derselben beschäftigten Arbeiter herab und zerbrach ihm ein Bein. Der Verunglückte wurde in seine Wohnung am Rosengarten gebracht.

— Vorgestern Nachmittag machte der auf der gr. Lastadie wohnhafte Schneider H. wie vermuthet wird, aus Lebensüberdruß, seinem Leben dadurch ein Ende, daß er sich in Abwesenheit seiner Frau in der Kammer erhängte.

— In der Nacht zum 28. d. M. ist in dem Gutshause zu Finkenwalde mittelst Einbruches ein bedeutender Diebstahl verübt. Gestohlen sind 18 Bettbezüge und einige Laken, 31 Tischtücher, ungefähr 20 Dutzend Servietten, 3 Dutzend feine Dammast- und 3 Dutzend grobe Handtücher, sämmtlich „C. S." gezeichnet. Außerdem wurde auch ein werthvoller Bibergehpelz entwendet. Von den Dieben fehlt bis jetzt jede Spur.

— Unter den beim Reichstage eingegangenen Petitionen wegen „Freigebung der Advokatur" befindet sich auch eine solche von dem Herrn Rechtsanwalt Sehlmacher in Pyritz.

— Das „Justiz-Min.-Bl." veröffentlicht folgendes Erkenntniß des Königlichen Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte vom 9. März 1867: „Streitigkeiten über den Umfang der Dienstverpflichtungen eines Beamten sind von der vorgesetzten Disziplinarbehörde desselben zu entscheiden und vom Rechtswege ausgeschlossen.

)( **Regenwalde,** 28. September. Die Ernte ist in hiesiger Gegend als beendet anzusehen, nur einige Kartoffelfelder barren noch der Entnahme ihrer Früchte. Das Wetter war für die Ernte recht günstig, und sind die Halm- und Schotenfrüchte, ebenso das Heu gut eingebracht worden. Das Resultat ist aber nur theilweise befriedigend. Roggen hat an Stroh eine ziemliche Mittelernte, an Erdrusch aber eine schlechte Ernte gegeben. Die Stiege giebt durchschnittlich nur $1/2$ Scheffel Körner, und dabei noch leichtes Korn; in der Regel rechnet man doch auf eine Stiege einen Scheffel. Das Sommerkorn läßt nichts zu wünschen übrig. Reichlich an Stroh und guten Erdrusch. Heu liefert eine gute Mittelernte. Die Kartoffeln sind auf den nassen Feldern sehr schlecht gerathen, oft geben sie kaum die Aussaat, dagegen liefern sie auf trockenen Feldern eine gute Mittelernte. Die Krankheit scheint den Knollen wenig geschadet zu haben.

— (Od.-Z.) Eine gewiß seltene Feierlichkeit vereinigte vorgestern Magistrat und Stadtverordnete unserer Stadt. Beim Ausscheiden aus seinem Amte wurde dem Bürgermeister Rackwitz von den städtischen Vertretern das Ehrenbürgerrecht verliehen und gestern demselben in feierlicher Sitzung das betreffende Diplom überreicht. Der zeitige Stadtverordneten-Vorsteher, Dr. Birner, sprach in einer längeren Rede dem Gefeierten den Dank der Stadt aus für seine langjährige treue Pflichterfüllung im Dienste der Kommune und bat denselben, auch ferner mit seiner Erfahrung dem Interesse der Stadt zu dienen. Bürgermeister Rackwitz dankte, tief ergriffen, den Vertretern für die so selten einem Bürgermeister bei dem Ausscheiden aus seinem Amte zu Theil werdende Ehre und versprach, auch ferner überall, wo er Gelegenheit dazu hätte, das Interesse der Stadt nach besten Kräften zu fördern.

## Stadt-Theater.

Nach manchen Abenden, in denen das Haus trotz der Anstrengungen der Künstler und des Direktoriums sich nicht hatte füllen wollen, bewies am Sonnabend Flotows Oper „Martha, oder der Markt zu Richmond" wiederum aufs Neue ihre alte Anziehungskraft. Was die Aufführung betrifft, so konnte dieselbe mit Ausnahme des ersten Aktes durchaus befriedigen. Das Hauptinteresse wandte sich naturgemäß dem neu auftretenden Sänger zu und begrüßen wir in Herrn Wild (Lionel) einen recht tüchtigen Heldentenor.

Die Stimme mag in früheren Jahren noch frischer gewesen sein, doch ist sie auch jetzt noch durchaus rein und klangvoll. Der Sänger besitzt namentlich im Forte eine seltene Kraft und dasselbe erhob sich mehrmals zu einer hohen Stärke, ohne daß es dem Künstler irgend eine Mühe oder Anstrengung zu kosten schien. Das Piano, das uns zuerst nicht gefiel, ward ebenfalls gut, so bald Herr Wild die Räumlichkeit kennen gelernt hatte und darnach seinen Gesang modulirte. Diese Herrschaft, mit der er seiner Stimme gebot, die Freiheit, mit der er sich bewegte, verbunden mit einem höchst präzisen und reinen Einsetzen, zeigte den gewiegten Künstler.

Auch die Aussprache ist deutlich, doch befolgt der Sänger einige Regeln über die Vocale zu buchstäblich; sein ei und ü klingen doch zu sehr wie a-i und i, auch im Spiele haben wir einen Mangel bemerkt, der uns hier überhaupt zum ersten Male entgegentrat. Herr Wild sah bisweilen zu freundlich aus, was ihn entstellte. Eine treffliche Unterstützung hatte er an Herrn Bagg (Plumket) der mit seiner starken Stimme durchaus für diese Rolle paßte. Gesang und Spiel waren höchst gelungen, nur im Quartett bisweilen der erste etwas breit.

Frl. Koudelka gab die Lady Harriet und wollte uns ebenso wie vor einem Jahre in dieser Rolle nicht wie sonst gefallen. Dieselbe sagt ihr nun einmal nicht zu. Das Spiel im ersten Akte konnte selbst kleinere Ansprüche nicht vollkommen befriedigen und ward die Künstlerin auch im Laufe des Abends weit besser als zu Anfang, so zieht sie sich für ihre Rolle mit ihrer Stimme doch etwas zu sehr zurück. Frl. Loeber (Nancy) dagegen spielte und sang mit Humor und hat ihre Stimme auch nicht große Kraft, so genügte sie doch ihrer Rolle vollkommen; auch Herr Broda war bei guter Stimme und gab den Lord mit Laune. Herr Hamm (Richter) trug etwas stark auf, doch nicht ganz mit Unrecht. Auch das Orchester, namentlich die Ouverture war recht gut gespielt. Beim Hinausgehen hörte man noch lange ein Gesumm und Gebrumm und wohl mancher hat die Melodien noch ein 3 bis 4 mal unentgeldlich hören können, ehe er in sein Haus gelangte, so sehr war das Publikum entzückt.

## Schiffsberichte.

**Swinemünde,** 28. September, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Robert, Gollin von Rendsburg. Stjernen, Dielsen von Christiansund. Arcona (SD), Schütz von Petersburg. 1 Schiff ansegelnd. Wind: SW. Strom ausgehend. Revier $14 5/12$ F.

## Börsen-Berichte.

**Stettin,** 30. Sept. Witterung: regnigt. Temperatur + 12° R. Wind: W.

An der Börse.

Weizen höher bezahlt, loco per 2125 Pfd. gelber nach Qualität 90—99 Rt. bez., feiner 100—105 Rt. bez., 83—85pfd. gelber September-Oktober 99, $99 1/2$ Rt. bez. u. Br., Oktober-November 95 Rt. Br., Frühjahr 92 Rt. bez.

Roggen loco mehr offerirt, Termine etwas fester, pr. 2000 Pfd. loco 72—77 Rt. bez., September-Oktober 73, $73 1/2$ Rt. bez. u. Br., Oktober-November 71 Rt. bez. u. Br., Novbr.-Dezbr. $68 1/2$ Rt. Br., Frühj. $65 1/2$, 65 Rt. bez. u. Br.

Gerste loco per 1750 Pfd. Oderbruch 49—50 Rt. bez., schlesische 49—$50 1/2$ Rt. bez., mährische 52—53 Rt. bez.

Hafer loco pr. 1300 Pfd. 31—$32 1/2$ Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr 33 Rt. Gd.

Rüböl stille, loco $11 5/12$ Rt. Br., Oktober-November $11 1/6$ Rt. bez., Novbr.-Dezember $11 1/4$ Rt. Br., April-Mai $11 2/3$ Rt. Br.

Spiritus fest, loco ohne Faß $22 1/6$ Rt. bez., September $22 2/3$ Rt. Br., September-Oktober $21 2/3$ Rt. Br., $21 1/2$ Rt. Gd., Oktbr.-November $19 1/4$ Rt. Br. u. Gd., Frühjahr $19 1/3$ Rt. Gd.

Petroleum loco $7 1/3$ Rt. gehandelt.

**Stettin,** den 30 September.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Hamburg | 6 Tag. | $150 3/4$ G | St. Börsenhaus-O. | 4 | — |
| „ | 2 Mt. | $150 3/8$ B | St. Schauspielh.-O. | 5 | — |
| Amsterdam | 8 Tag. | $142 3/4$ G | Pom. Chausseeb.-O. | 5 | — |
| „ | 2 Mt. | — | Used. Woll. Kreis-O. | 5 | — |
| London | 10 Tag. | 6 $24 3/4$ bz | St. Strom-V.-A. | 4 | — |
| „ | 3 Mt. | 6 $23 3/4$ B | Pr. National-V.-A. | 4 | 113 B |
| Paris | 10 Tg. | $81 1/4$ G | Pr. See-Assecuranz | 4 | — |
| „ | 2 Mt. | — | Pomerania | 4 | 113 G |
| Bremen | 3 Mt. | — | Union | 4 | $103 1/2$ B |
| St. Petersbg. | 3 Wch. | $92 1/2$ G | St. Speicher-A. | 5 | — |
| Wien | 8 Tag. | — | Ver.-Speicher-A. | 5 | — |
| „ | 2 Mt. | — | Pom. Prov.-Zuckers. | 5 | — |
| Preuss. Bank | 4 | Lomb. $4 1/2$ % | N. St. Zuckersied. | 4 | — |
| Sts.-Anl. 5457 | $4 1/2$ | — | Mesch. Zuckerfabrik | 4 | — |
| „ „ | 5 | — | Bredower „ | 4 | — |
| St.-Schldsch. | $3 1/2$ | — | Walzmühle | 5 | — |
| P. Präm.-Anl. | $3 1/2$ | — | St. Portl.-Cementf. | 4 | — |
| Pomm. Pfdbr. | $3 1/2$ | — | St. Dampfschlepp G. | 5 | — |
| „ „ | 4 | — | St. Dampfschiff-V. | 5 | — |
| „ Rentenb. | 4 | — | Neue Dampfer-C. | 4 | 93 B |
| Ritt. P. P. B. A. | 4 | — | Germania | | $94 1/2$ B |
| Berl.-St. E. A. | 4 | — | Vulkan | | 85 B |
| „ Prior. | 4 | — | St. Dampfmühle | 4 | 101 B |
| „ „ | $4 1/2$ | — | Pommerensd. Ch. F. | 4 | — |
| Starg.-P. E. A. | $4 1/2$ | — | Chem. Fabrik-Ant. | 4 | — |
| „ Prior. | 4 | — | St. Kraftdünger-F. | — | — |
| St. Stadt-O. | $4 1/2$ | 96 B | Gemeinn. Bauges. | 5 | — |